



## Erneuter Griff in die Taschen der Bürger!

### Kanalbenutzungsgebühr um 21% erhöht

Erst am 10. September 1980 beschloß die Stadtverordnetenversammlung gegen die Stimmen der DKP eine Kanalgebührenerhöhung von 30 bzw. 35 Pfennig pro Kubikmeter Wasser. Am 23. Juni 1981 beschlossen die Vertreter der SPD, der CDU und der Grünen Bürgerliste erneut eine Erhöhung um 25 Pfennig pro cbm. Ab 1983 soll dann nochmals zugelegt werden. Als Grund wird dieses Mal die Einführung des Abwasserabgabengesetzes genannt. Im Stadtparlament sagte Stadtverordneter Dötsch für die DKP-Fraktion:

„Die neuerliche Gebührenanhebung innerhalb eines Jahres ist schließlich auch der Grund, warum wir skeptisch sind, daß die Belastung der Stadt durch die Abwasserabgabe auf die eigentlichen Verursacher der Verschmutzung abgewälzt werden kann. Daher bezahlt also wieder die Allgemeinheit für die wahren Umweltverschmutzer. Die Gebührensatzung lehnen wir ent-

die Bürger im Gegensatz zu den Unternehmen nicht abwälzen. Der Finanzrahmen des Lohn- oder Gehaltsempfängers wird einmal im Jahr festgesteckt. Dieses Jahr lag dieser Rahmen bei ca. 5 %. Was tatsächlich in der Lohntüte mehr ist, ist weit weniger. Allein die Preissteigerungsrate liegt seit langem über 5,5 %. Die Steigerungen für den Nahverkehr, die Energieversorgung (Öl, Gas, Strom), die Post liegen weit über diesem Prozentsatz. Darüber hinaus sind drastische Einsparungen bei Sozialleistungen schon angekündigt.

Auch die hier anstehende Erhöhung der Abwassergebühren sprengt diesen Rahmen, liegt weit über dem Lohnsteigerungsniveau. So bedeutet die Anhebung auf 1,15 Mark eine Erhöhungsmarge von 21,0 %.

Seit letztem Jahr, als wir noch -,60 bzw. 0,65 DM pro cbm Abwasser zahlten, sind dies sogar 108 %. In der Tat ist es schon enorm, was von einer Lohnerhöhung von 5 % alles abverlangt wird. Hoffentlich wird sich der vielzitierte „kleine Mann“ den Gürtel nicht so eng schnallen müssen, daß er keine Luft mehr bekommt.“

Sozialeinrichtungen wie sie ja auch Abwasseranlagen darstellen, sind nicht

wie ein Privatunternehmen zu bilanzieren. Zum Beispiel der Posten „Verzinsung des Anlagekapitals“ auf der Soll-Seite der Bilanz bedeutet, daß der Bürger für sein Steuergeld, das einmal in die Kläranlageninvestition geflossen ist, nochmals Gebühren bezahlt. Bei SPD und CDU spricht man von „kostendeckenden Gebühren“ (gleiches vernimmt man auch von den Grünen). In der Erläuterung des Magistrats zu dieser Gebührensatzung wird großzügig aufgeführt, daß man auch in Zukunft auf Verwaltungskostenzuschläge und Verwaltungsgebühren (z.B. Zähler ablesen) verzichtet. Angesichts der drastischen Erhöhung mutet dies wie blanke Ironie an.

DKP-Stadtparlamentarier Dötsch sagte ▷

#### KOMMUNALE PREISTREIBEREI

Ein Beispiel: Eine Familie, die 100 cbm Wasser im Jahr verbraucht, zahlte 1979 dafür 160,- bzw. 165,- DM (nach Stadtteilen verschieden), ab 1.1.81 waren 215,- DM fällig, ab 1.1.82 werden für die gleiche Menge Wasser 235,- DM abverlangt.

schieden ab. Die Bevölkerung wird es nicht widerspruchslos hinnehmen, daß jedes Jahr an der Gebührenschaube gedreht wird. Die Belastungen, die durch Steuern und Preise den Bürgern aufgebürdet werden, übersteigt die Zumutbarkeit. Diese Belastungen können

#### SELBSTBEDIENUNGS- LADEN

In der letzten Sitzung vor der siebenwöchigen Sommerpause haben sich die hessischen Landtagsabgeordneten eine Erhöhung ihrer Grunddiäten um 450 auf 5 350 DM und zusätzlich die Einführung eines „13. Monatsgehältes“ bewilligt. Zusätzlich erhalten die Landtagsabgeordneten eine monatliche steuerfreie „Aufwandsentschädigung“ zwischen 3 000 und 4 000 Mark. Die Erhöhung, die dem Steuerzahler im Jahr 1,4 Millionen Mark jährlich kostet, hatten SPD, CDU und FDP gemeinsam vorgeschlagen.

▽ dazu weiter: „Auch wenn Ihnen das Folgende nicht gefällt, wenn sie noch darüber lachen, so sagen wir es trotzdem jedesmal, wenn ein Griff in die Taschen der kleinen Leute getan wird, damit es nicht einmal zuwenig gesagt wird: Die Finanznot der Städte und Gemeinden hat eine gesellschaftliche Ursache. Wo Steuergelder in Form von Subventionen an Großunternehmen gezahlt werden, deren Steuerzahlungen durch Privilegien gekürzt werden, wo man der Steuerflucht nicht wirksam begegnen will, wo Millionen jedes Jahr an die EG gezahlt werden zur Vernichtung von Lebensmitteln, um die Preise hoch zu halten, wo jede dritte Steuermark aus dem Kreislauf der Konsumtion herausgenommen wird (sollten Sie es nicht gemerkt haben, damit ist die Rüstung gemeint), da muß den Kommunen das Geld fehlen für die notwendigen Dinge der Daseinsfürsorge. Wofür zahlt der Bürger noch Steuern, wenn er kostendeckende Gebühren zahlt? Eine grundsätzlich andere Politik ist notwendig. Die DKP-Fraktion stimmt gegen die neuerliche Gebührenerhebung, weil ein Nachgeben gegenüber den sogenannten Sachzwängen nicht weiterhilft. ■



*Erschöpft, doch glücklich am Ziele steht Rudi Dötsch, der Leichtathlet. Er bewies Kraft und Kondition beim 1. Frankfurter Stadtmarathon.*

*3:17,06 Std. zeigte die Uhr für die 42,195 km lange Strecke, die DKP-Stadtverordneter R. Dötsch zum fünften Male lief. Er wurde 1109. bei über 3000 Läufern aus aller Welt. Übrigens erzielte die SKV-Frauenmannschaft den 1. Platz und erhielt den großen Preis von 1000 Mark für die Förderung der Vereinsarbeit. Wir gratulieren!*

# Die Sporthalle wird gebaut

Mit den Stimmen der DKP, SPD und CDU wurde beschlossen, in 'Walldorf eine Sporthalle zu bauen. Dagegen votierte die Grüne Bürgerliste. Die CDU, die gemeinsam mit der Bürgerliste den Bau ursprünglich verhindern wollte, wurde durch starken außerparlamentarischen Druck gezwungen, ihre Haltung zu ändern.

Selten gab es in unserer Stadt um ein notwendiges kommunales Projekt ein solches Gerangel. Es gab heiße Wortgefechte in den Parlamentsausschüssen, zahlreiche Presseveröffentlichungen, zahlreiche Presseveröffentlichungen, die Vereine meldeten sich zu Wort, die DKP-Fraktion schrieb einen offenen Brief an die CDU und die Grüne Bürgerliste – das Thema wurde breit diskutiert. Dabei war von Anfang an klar, daß vom alten Magistrat gravierende Fehler gemacht wurden. In einem vermeintlichen Zugzwang vergab er nämlich bereits den Auftrag zum Bau der Halle in Höhe von fast 3,7 Millionen DM, obwohl er nur für 50 000,- DM Aufträge erteilen darf. Das brachte viel berechtigten Ärger, auch die DKP-Fraktion protestierte energisch gegen diese Verfahrensweise.

## Halle ist dringend notwendig

Unbestritten war eigentlich, daß diese Halle dringend notwendig ist. Sie wird gebraucht für die Kinder, die Jugend und zunehmend auch für die älteren Menschen. Es wird darüber hinaus deutlich, daß es zunehmend neue, wachsende Bedürfnisse der gestreßten arbeitenden Menschen gibt, in solchen Freizeitanlagen ihre Arbeitskraft wiederherzustellen.

## Viele stolze Erfolge der Vereine

Bei der jährlichen Sportlerehrung wird deutlich, Sportler unserer Stadt haben in der Vergangenheit viele stolze Erfolge errungen. Dies wurde erreicht durch entwickelten Breitensport und weil viele materiellen Voraussetzungen gegeben waren. Schon früh gab es ein Volkshaus, wurden in Selbsthilfe und mit Unterstützung der Kommune Vereinsheime und vorbildliche Sportstätten geschaffen. Zur Entwicklung des Sportes trug auch die Vereinsbezugsschussung bei, die im Vergleich zu vielen vergleichbaren Städten gut abschneidet.

Auf die Ergebnisse der Vereins- und Sportförderung der Vergangenheit kön-

nen die Bürger unserer Stadt stolz sein. Viele Besucher von Großstädten beneiden uns um das rege Vereinsleben, um diese Erfolge. Auch das ist Lebensqualität!

## Keine falschen Gegenüberstellungen

In der Diskussion um die Sporthalle wurde die Meinung geäußert, man solle das Geld für die Sporthalle besser in andere Einrichtungen investieren. Davon abgesehen, daß uns zunächst große Zuschüsse verloren gingen, die der Kreis zu dieser Sporthalle beisteuert, darf man solche Gegenüberstellungen nicht betreiben.

Wir sagen: Man muß um alle notwendigen sozialen Einrichtungen kämpfen. Hier gibt es in unserer Stadt tatsächlich viele dringende Forderungen. Diesen steht aber die Finanznot der Stadt gegenüber.

Wir lösen nun das Problem nicht, wenn wir mit dem Gedanken spielen, kommunale Einrichtungen zu privatisieren, oder indem wir überall „kostendeckende“ Gebühren verlangen. Wir lösen sie auch nicht, wenn wir heute eine Einrichtung nicht bauen und dafür etwas anderes realisieren.

Wer als Kommunalpolitiker Politik für die Bürger machen will, muß ständig dafür kämpfen, daß die Kommune mehr Geld erhält. Hier brauchen wir künftig eine starke Bewegung. Die Forderung: „Mehr Geld den Gemeinden“ müßte alle ehrlichen Kommunalpolitiker einigen.

Diese Forderung sollte von jedem Kommunalparlament ausgehen. Und man muß auch die Gründe nennen, weshalb die Städte zunehmend ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können: Für einen Tornado-Bomber könnten über 20 Sporthallen oder 500 Wohnungen gebaut werden.

Dies auszusprechen und hier um Veränderungen kämpfen, ist auch Kommunalpolitik, ist Politik für die Menschen unserer Stadt. rh

# Ein Appell der Vereine

In vielen Sitzungen der Stadtverordneten, in allen Stellungnahmen zeichnete es sich in den vergangenen Wochen ab, daß die CDU und die Grüne Bürgerliste mit einer Stimme Mehrheit, die schon lange geplante Sporthalle in Walldorf verhindern wollten. In dieser Situation wandten sich Mörfelder und Walldorfer Vereine (TGS Walldorf, SKG Walldorf, Rot-Weiß Walldorf, TTC Mörfelden, SKV Mörfelden) an die Stadtverordneten mit einem Brief, den wir nachfolgend im Wortlaut abdrucken. Diese und andere Initiativen für den Bau der Sporthalle waren erfolgreich. Die CDU mußte ihre Haltung revidieren, die notwendige Sporthalle wird gebaut.

Die Diskussion um den Bau der Sporthalle im Stadtteil Walldorf erstreckte sich auf einen Zeitraum von 5 Jahren. In dieser Zeit gab es in den verschiedensten parlamentarischen Gremien einstimmige Beschlüsse und Aufträge an den Magistrat. Daneben hat die vom Magistrat gebildete Arbeitsgruppe „Großsporthalle Walldorf“ in mehreren arbeitsintensiven Beratungen ein brauchbares Konzept entwickelt und dabei das Wünschenswerte mit dem Machbaren in Einklang gebracht. Diese jahrelangen Bemühungen fanden in der Magistrate vorlage nunmehr ihren praktischen Niederschlag. Wir müssen deshalb mit großer Betroffenheit feststellen, daß diese Magistrate vorlage von der Mehrheit der Stadtverordneten aus formalen Gründen nochmals in die Ausschüsse verwiesen wurde und damit der Bau der Sporthalle verzögert und gefährdet wird.

Durch die Kommunalwahl 1981 und die damit verbundene neue Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung darf das Verfahren nicht noch einmal von vorne beginnen. Die personellen Veränderungen sind vorrangig durch landes- und nicht durch kommunalpolitische Entscheidungen herbeigeführt worden. Deshalb müssen wir auch auf eine kontinuierliche kommunalpolitische Arbeit bestehen.

Die Dringlichkeit für den Bau der Sporthalle ist nach wie vor gegeben. Im Gegenteil, durch steigende Mitgliederzahlen in unseren Vereinen ist der Bedarf noch größer geworden. Gerade in diesen Tagen wird von vielen Politikern das Verhältnis zwischen Jugend und Staat diskutiert und analysiert. Ohne die Arbeit der Vereine wären die Schwierigkeiten noch erheblich größer. Die Vereine leisten eine enorme Jugendarbeit. Rund 40 % der 8.500 Mitglieder unserer fünf Vereine sind Schüler und Jugendliche. Diese etwa 3.500 jungen Menschen finden in unseren Vereinen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung.

Viele ehrenamtlichen Übungsleiter und Jugendbetreuer leisten dabei sehr wertvolle Jugendarbeit. Eine Arbeit wie sie der Staat (sei es der Bund, das Land oder die Gemeinde) auch nicht annähernd erbringen kann. So gesehen müßten eigentlich alle Kommunalpolitiker Interesse und Entgegenkommen für die sozialpolitische und gesundheitspolitische Arbeit der örtlichen Vereine zeigen und die erforderlichen Sportstätten zur Verfügung stellen.

In den vergangenen Jahren wurde von Politikern sehr oft verbal die Eingliederung der ausländischen Mitbürger gefordert. Auch hier haben die Vereine als einzige gesellschaftliche Gruppierung einen aktiven Beitrag geleistet. So haben die örtlichen Vereine Ausländer-Sportmannschaften integriert und ihnen die Voraussetzungen für die sportliche Betätigung geschaffen.

Das erfordert aber weitere Sportstätten. Der Bau der Sporthalle im Stadtteil Walldorf wird auch zu einer besseren Versorgung der Mörfelder Vereine führen und damit die Arbeit der örtlichen Vereine insgesamt verbessern. Senioren- und Rehabilitationssportgruppen können dadurch in das Programm der Vereine aufgenommen werden. Bevölkerungsgruppen also, die in der Vergangenheit mehr oder weniger als Randgruppen behandelt wurden. Hier besteht ein noch nicht abzuschätzender Nachholbedarf.

Aus den erwähnten Gründen fordern wir den unverzüglichen Bau der Sporthalle in der vom Magistrat im März 1981 einstimmig beschlossenen Form. Wir sehen in der Magistrate vorlage die Wünsche der betroffenen Vereine verwirklicht und betrachten den Kreisausschuß als wesentliche Finanzhilfe. Wir wehren uns jedoch entschieden gegen jeglichen Formalismus und gegen jegliches persönliches Profilierungsgehabe zu Lasten der örtlichen Vereine.



*Allen unseren Lesern, die jetzt Urlaub machen, denen die weg-fahren und denen, die daheim bleiben, wünschen wir schönes Wetter und gute Erholung.*

*Die „blickpunkt“-Redaktion*



## Spielstube notwendig!

**Eine „Initiative Spielstube“ schrieb an alle Stadtverordneten von Mörfelden-Walldorf einen Brief, in dem es u.a. heißt:**

„In diesem Jahr können nur Kinder, die älter als dreieinhalb Jahre sind, in den Kindergarten aufgenommen werden. Das heißt, daß viele Kinder erst im nächsten Jahr mit vier- bis viereinhalb Jahren in den Kindergarten kommen. Sie haben dann sehr viel mehr Schwierigkeiten, sich in eine Gruppe einzupassen, die Trennung von der Mutter zu verarbeiten.“

Wir meinen, daß gerade Kinder zwischen eineinhalb und vier Jahren unbedingt die sozialen Erfahrungen mit anderen Kindern in einer Gruppe machen müssen, da die Kontakte mit anderen Kindern aufgrund der Kleinfamilie sehr eingeschränkt sind. Oft sind keine älteren oder jüngeren Geschwister da – oder der Altersunterschied ist sehr groß.

Aus diesem Grund möchten wir, daß die Stadt eine Spielstube für Kinder ab ca. eineinhalb Jahre bis zur Aufnahme in den Kindergarten einrichtet. Wie sehr eine solche Einrichtung in

Mörfelden und Walldorf fehlt, kann man aus den Anzeigen im „Freitags-Anzeiger“ sehen, in denen wöchentlich mindestens zwei bis drei Eltern Tagesmütter für ihre Kinder suchen. Bei dieser Art der Unterbringung erhalten aber nur die wenigsten Kinder die Chance, zu Kontakten mit ungefähr Gleichaltrigen, da eine Frau kaum Haushalt und mehrere Kleinkinder versorgen kann.

Um akut zu einer Regelung zu kommen, schlagen wir vor, daß die nachmittags in den Kindergärten nicht in Anspruch genommenen Plätze von den „abgelehnten“ Kindern in Anspruch genommen werden. Dies kann allerdings nur eine Notlösung sein.“

Die DKP-Fraktion begrüßt die Initiative der Eltern. Entsprechend dem DKP-Kommunalwahlprogramm wird die DKP diese Initiative unterstützen und nach der Sommerpause aufgreifen.

# Nie wieder Krieg!

Am 22. Juni jährte sich zum vierzigsten Mal der Tag, an dem Hitlerdeutschland die Sowjetunion überfiel. Damit war der vom deutschen Monopolkapital entfesselte Zweite Weltkrieg zum blutigsten Inferno der bisherigen Menschheitsgeschichte geworden. Der Krieg forderte 50 Millionen Tote und hinterließ 35 Millionen Kriegsversehrte.

Allein die Völker der Sowjetunion verloren im Kampf gegen den deutschen Faschismus 20 Millionen Menschen. 1945 waren in der Sowjetunion 1710 Städte und 70.000 Dörfer zerstört. 25 Millionen Menschen waren obdachlos. 31.850 Industriebetriebe, 65.000 Kilometer Bahnstrecke, 4.100 Bahnhöfe, 40.000 Krankenhäuser, 84.000 Schulen und 43.000 Bibliotheken waren zerstört. Das deutsche Volk zählte 6 Millionen Tote. In den faschistischen Zuchthäusern und Konzentrationslagern wurden 8 Millionen Menschen ermordet.

Jeder sollte sich erinnern: Das war der grausamste, blutigste und schwerste aller Kriege in der bisherigen Geschichte.

Es waren Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen, die 1945 bereit waren, die Lehren der deutschen Geschichte zu ziehen und ernsthaft gelobten: Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!

Heute, vierzig Jahre danach, sind die Ewiggestrigen in Bonn und Washington dabei, durch die Stationierung neuer atomarer US-Mittelstreckenraketen für die Völker unseres Kontinents höchste Gefahr heraufzubeschwören. Am Beginn der 80er Jahre droht durch den Brüsseler NATO-Raketen-Beschluß der Entspannungsprozeß der 70er Jahre in sein Gegenteil verkehrt zu werden. Heute, vierzig Jahre nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion, droht wieder von deutschem Boden aus ein alles zerstörender Konflikt, wird unser Land in das Fadenkreuz eines denkbar gewordenen Atomkrieges gerückt, droht unserem Kontinent die totale Vernichtung.

In dieser Stunde erneuern wir Kommunisten der Bundesrepublik Deutschland unsere Bereitschaft: Alles zu tun, damit nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Der Schwur, den alle deutschen Antifaschisten aus allen weltanschaulichen Lagern nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus vor der Welt ablegten, hat heute für das Volk der Bundesrepublik Deutschland dramatische Aktualität erhalten.

Rudi Hechler

„Unsere Völker haben im vergangenen Krieg riesige, unwiederbringliche Verluste erlitten. Auch wenn heute neue Generationen herangewachsen sind, auch wenn heute vielleicht jeder zweite Einwohner der UdSSR und der Bundesrepublik den Krieg nur aus Büchern kennt, – die Vergangenheit veranlaßt uns, eine Lehre aus der Geschichte, die noch nicht lange zurückliegt, zu ziehen, sie festigt in uns das Bestreben, in Frieden zu leben, keine neue Tragödie zuzulassen.“

Es ist, so möchte ich meinen, an der Zeit, daß die verantwortlichen Politiker ausnahmslos aller Staaten einander und ihren Völkern sagen: Es darf keinen Krieg geben! Dies sagen – und alles dafür tun, daß es wirklich keinen Krieg gibt. Aber die Zeit drängt: Jeder verlorene Tag, jeder Aufschub, jede Verzögerung kann die Menschheit, uns allen, teuer zu stehen kommen.“

L. I. Breshnew im Fernsehen der Bundesrepublik. Mai 1978

„Die übertrieben langsame Fahrt mit dem Zug auf der neueröffneten Eisenbahnstrecke von Moskau zur neuen Grenze bei Brest-Litowsk in den ersten Nachkriegstagen gleicht einem Alptraum. Auf Hunderte, auf Tausende von Meilen war nicht ein einziger aufrechtstehender Gegenstand zu sehen. Jeder Marktflecken, jede Stadt war dem Erdboden gleichgemacht. Es gab keine Scheunen. Es gab keine Maschinen. Es gab keine Bahnhöfe, keine Wassertürme. In der weiten Landschaft war nicht ein einziger Telegraphenmast stehen geblieben, und breite Waldstreifen waren zu beiden Seiten längs der Eisenbahnlinie als Schutz gegen Partisanenüberfälle aus dem Hinterhalt abgeholzt worden.“

Neben der Strecke lagen die verbogenen Schienen, die die Deutschen bei ihren Rückzugsbewegungen nach Westen mittels riesiger, auf Spezialzügen montierter Reißhaken aus ihrem Bett gerissen hatten. Auf den verwahrlosten Feldern waren nur Frauen, Kinder und sehr alte Männer zu sehen, die mit primitiven Handwerkszeugen arbeiteten ...“

Aus einem Augenzeugenbericht des amerikanischen Historikers Edward Crankshaw vom Mai 1945.

„Die Rote Armee war faktisch eine Armee, die Europa und die halbe Welt befreite, weil ohne diese Armee und ohne die grenzenlosen Opfer, die das russische Volk brachte, die Befreiung vom grausamen Joch des Faschismus einfach unmöglich wäre.“

„New York Herald Tribune“  
im Juni 1945

# Gemeinsam für den Frieden kämpfen!

„Wir wissen, schrieb Willy Brandt, kampierend bei Genossen in Stockholm, daß der Krieg, durch die Anwendung des Prinzips der kollektiven Sicherheit, hätte vermieden werden können, und daß die herrschenden Kreise in England und Frankreich nicht nur Abessinien, Spanien, Österreich, die Tschechoslowakei und teilweise China opferten und den Völkerbund zur Ohnmacht verurteilten, sondern daß sie auch nichts dagegen hatten, wenn die deutsche Expansion sich gegen die Sowjetunion richten würde.“

Der Schriftsteller Peter Weiß in einem Artikel in der Frankfurter Rundschau, 25. April 1981

„Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, müssen wir Rußland helfen, und sollte Rußland gewinnen, so müssen wir Deutschland helfen, damit sie auf diese Weise möglichst viele voneinander töten.“

Senator Truman, später Präsident der USA, in der New York Times, 24. Juni 1941

„Die Franzosen wissen, was Sowjetrußland für sie tat, sie wissen, daß gerade Sowjetrußland bei ihrer Befreiung die Hauptrolle spielte“.

**General de Gaulle  
im Dezember 1944**

## Aufgespießt

„Im übrigen glaube ich, wird man mit großem Erfolg den Menschen vor Augen führen können, daß die Opposition gegen die atomare Bewaffnung in einer Front steht mit so hervorragenden Führern der Menschheit wie Albert Schweitzer oder Pandit Nehru, in einer Front steht mit über 9000 Wissenschaftlern aus 40 Ländern der Welt, die durch ihre Unterschrift bezeugten, daß sie die atomare Bewaffnung für einen Wahnsinn halten.“

Der frühere SPD-Sicherheitsexperte Helmut Schmidt 1961.

Die politische Lage hatte sich in den letzten zehn Jahren grundlegend geändert. Erinnern wir uns:

Die „Entspannungspolitik“ brachte den Menschen viele Erleichterungen. Keiner redete von „Auf- oder Nachrüstung“, und nur wenige von der „Gefahr aus dem Osten“.

Völkerverständigung, Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsmaßnahmen wurden konkret beraten, man sprach miteinander, es wurden Erfolge erzielt.

Die SALT I- und SALT II-Verhandlungen fanden in den 70er Jahren ihren Abschluß, die KSZE-Konferenz von Helsinki war eines der bedeutendsten Ereignisse von vielen, die die politische Entspannung für jeden sichtbar machten.

Dieses politische Klima hatte auch Auswirkungen auf die Menschen.

Sie gingen mit Zuversicht in die 70er Jahre. Nicht Kriegsangst, Angst vor der Gefährdung des sozialen Besitzstandes, sondern der Optimismus, den Frieden dauerhaft sichern zu können, war das prägende Element dieses Jahrzehnts.

Zu Beginn der 80er Jahre änderte sich dieses Klima.

Die NATO-Aufrüstungspolitik wurde durchgepeitscht, verbunden mit neuen Bedrohungslügen.

Eine neue US-Regierung lehnt die Ratifizierung des SALT II-Vertrages ab, es sollen US-Atomraketen in Westeuropa stationiert werden, in unserem Land werden alle Posten des Bundeshaushaltes zugunsten der Rüstung zusammengestrichen, werden Friedensvorschläge der Sowjetunion einfach ignoriert.

Einher geht damit eine ungezügelter antikommunistische und antisowjetische Propaganda der bürgerlichen Medien.

Mittlerweile halten die Militärstrategen in Washington sogar einen auf Europa begrenzten Krieg für möglich, ohne daß auf die USA auch nur ein Bömbchen fallen soll.

Dies alles hat System und ist ein bekanntes, althergebrachtes Strickmuster:

Vor dem ersten Weltkrieg war es die „Erbfeindschaft“ zu Frankreich, die das deutsche Volk auf den Krieg vorbereiten sollte, verbunden mit der Wahnvorstellung der Unbesiegbarekeit.

Vor dem zweiten Weltkrieg, ja seit Bestehen der Sowjetunion, war es der Antikommunismus, war es die ungezügelter Hetze gegen die Sowjetunion, die das deutsche Volk auf den Krieg vorbereitete.

Immer, vor allen Kriegen, wurden die Völker durch Kriegspropaganda weichgeklopft, um sie kriegsbereit zu machen und ihnen Haß gegen andere Völker einzupflanzen.

Die Folgen dieser Kriege, die unsäglichen Leiden hatten immer die arbeitenden Menschen zu tragen. Am Krieg verdienten nur wenige, das waren die Herren der Rüstungsindustrie.

Und es sind fast die gleichen kapitalistischen Konzerne, die sich auch heute wieder an der Rüstungsproduktion dumm und dämlich verdienen.

Ihnen nützen gute und freundschaftliche Beziehungen zu den sozialistischen Ländern wenig. Sie brauchen den „zähnefletschenden

Kommunisten“, um ihre Rüstungsprofite hinter einer gemachten Angstpsychose vor den arbeitenden Menschen verstecken zu können.

Jeder, der sich hiergegen wehrt, der dem Greuelmärchen von der „Bedrohung aus dem Osten“ nicht auf den Leim geht, wird als Kommunist bezeichnet, wird zum „vaterlandlosen Gesellen“, der die Menschen der Bundesrepublik an die Russen ausliefern will. Glücklicherweise sind es immer mehr Bürger unseres Landes, die sich von den Lügen nicht mehr verblenden lassen. Eine Million Unterschriften unter dem „Krefelder Appell“ belegen dies deutlich.

Sie haben erkannt, daß man gegen die menschenfeindliche Politik der kapitalistischen Rüstungskonzerne etwas tun, daß man mit allen demokratischen und friedensliebenden Kräften, gleich welcher Weltanschauung, zusammenarbeiten muß.

Karlheinz Hechler

Jewgeni Jewtuschenko

## Meinst du, die Russen wollen Krieg?

Meinst du, die Russen wollen Krieg?  
Frag, wann die Stille tödlich stieg,  
den russischen Soldaten frag.  
Er liegt dort, wo er sterbend lag.  
Hol ihn ans Licht und sieh ihn an,  
und weil er selbst nicht sprechen kann,  
frag seinen Sohn von Mann zu Mann:  
Meinst du, die Russen wollen Krieg?

Nicht nur fürs eig'ne Vaterland  
starb der Soldat im Weltenbrand.  
Nein, daß auf Erden jedermann  
sein Leben endlich leben kann.

Hol dir auch bei dem Kämpfer Rat,  
der siegend an die Elbe trat.  
Frag, was in seinem Herzen blieb.  
Meinst du, die Russen wollen Krieg?

Der Kampf hat uns nicht  
schwach geseh'n,  
doch nie mehr möge es gescheh'n,  
daß Menschenblut so rot und heiß  
die Erde trinkt als bitterer Preis.  
Ich seh das Haar der Mütter grau  
und frag auch des Soldaten Frau.  
Dann weißt du, wo die Antwort liegt:  
Meinst du, die Russen wollen Krieg?

## Es wird ernst

Ein Tag nach dem außerordentlichen SPD-Parteitag in Wiesbaden, wo man Börner das Vertrauen aussprach, ging man im Landtag zum Angriff über.

Börner erklärte, daß die Landesregierung das Volksbegehren ablehnen wird.

Ein Tag später wird Gries massiv. Er machte in unverschämter Weise Stimmung gegen die Bürgerbewegung im Lande und kündigte die Räumung des Hüttenhofes an.

Diese neuen Äußerungen zeigen, man will diese Startbahn durchpeitschen. Koste es was es wolle. Für uns alle gilt jetzt, auch in der Urlaubszeit, wachsam zu bleiben und den Widerstand zu verstärken.

## Börners Politik dient den Banken und Konzernen

Als eine gefährliche und falsche Alternative bezeichnete der Bezirksvorstand der DKP-Hessen die von Ministerpräsident Holger Börner aufgestellte Forderung an die Delegierten des SPD-Parteitages: entweder seine Politik zu akzeptieren oder die Regierungsgeschäfte Alfred Dregger zu überlassen. „So steht die Frage nicht“, heißt es in der Erklärung. Es wäre durchaus möglich, in Hessen eine an Arbeiterinteressen orientierte Politik zu machen.

„Wer Dregger und der CDU den Weg versperren will, muß in der Landespolitik so handeln, daß die arbeitenden Menschen ihre Forderungen und Vorstellungen erfüllt sehen. Diesem Anliegen ist auf dem SPD-Parteitag weder von Holger Börner noch von der Delegiertenmehrheit entsprochen worden.“

Alle heißen Eisen der Landespolitik wurden im Interesse des Großkapitals und der Banken geschmiedet. Der geplante Bau der Startbahn/West ist und bleibt ein Umweltverbrechen, das den Forderungen zehntausender Bürger im Rhein-Main-Ballungsraum widerspricht.

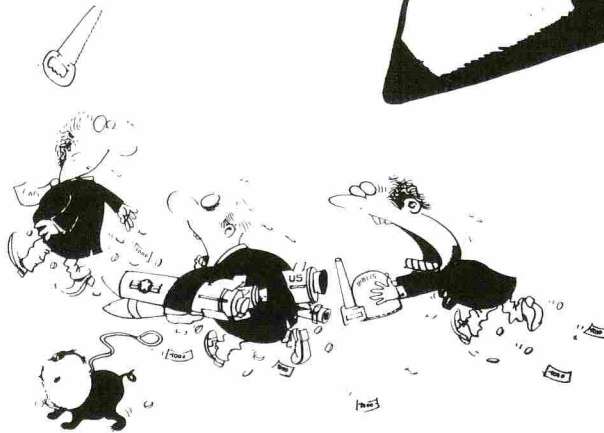
Auch die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Nordhessen, sowie der Bau von Block C Biblis, widersprechen den Sicherheitsinteressen der Bürger. Insofern ist der Sieg von Holger Börner auf dem Parteitag kein Sieg des Bürgerwillens.

Holger Börner hat wieder einmal seine enge Verflechtung mit den Konzern- und Bankinteressen unter Beweis gestellt. Alle demokratischen Kräfte unseres Landes müssen jetzt den außerparlamentarischen Kampf verstärken, um unsere Umwelt und unsere Sicherheit gegen diejenigen zu verteidigen, die den schonungslosen Raubbau an der Natur verordnen.“ Die DKP-Hessen wird ihre Anstrengungen erhöhen. Sie unterstützt aktiv die Bürgerinitiativen in Hessen und trägt mit eigenen Initiativen dazu bei, die Kraft der außerparlamentarischen Bewegung zu verstärken.

# JA

zum Volksbegehren  
gegen die Startbahn West

Gegen die atomare  
Wiederaufbereitungsanlage!  
Gegen Block C in Biblis!  
Gegen neue US-Atomraketen!



## „Oktoberstage“ – ein Zeitdokument

Das „blickpunkt“-Buch „Oktoberstage“ hat ein großes Echo gefunden. Mittlerweile sind über 1.000 Exemplare verkauft, es gab dabei Bestellungen aus der ganzen Bundesrepublik.

Von den Bürgern des Flughafen-Umlandes, die gegen die Startbahn West kämpfen, erhielten wir viel Zustimmung.

Über eine Reihe netter Briefe, die uns auch aus der Ferne erreichten, freuen wir uns besonders. So schreibt der Schriftsteller Harry Thürk aus Weimar: „Das Oktober-Buch ist ein gelungenes Dokument über eine außergewöhnliche Sache – ich wünsche Euch viel Erfolg!“

Noch ist das Buch erhältlich. Sichern Sie sich ein solches Zeitdokument, das noch morgen von einem großen Kampf berichtet. Die „blickpunkt“-Redaktion

## Liebe Leser

Der "blickpunkt" wird in Mörfelden gern gelesen. Oft hört man anerkennende Worte und oft steckt man uns einen Geldschein zu. Dafür danken wir recht herzlich.

Viele Bürger geben uns Hinweise oder schreiben Leserbriefe. Das macht den "blickpunkt" interessant und lesenswert. Wir freuen uns über jede Unterstützung.

Die Redaktion

# Die Bedrohung wächst!

Wir erleben die großen Auseinandersetzungen um die Startbahn 'West. Es wird deutlich, man will die Flughafen-Pläne durchpeitschen, koste es, was es wolle. Dies zeigt erneut der außerordentliche Parteitag der hessischen SPD in Wiesbaden.

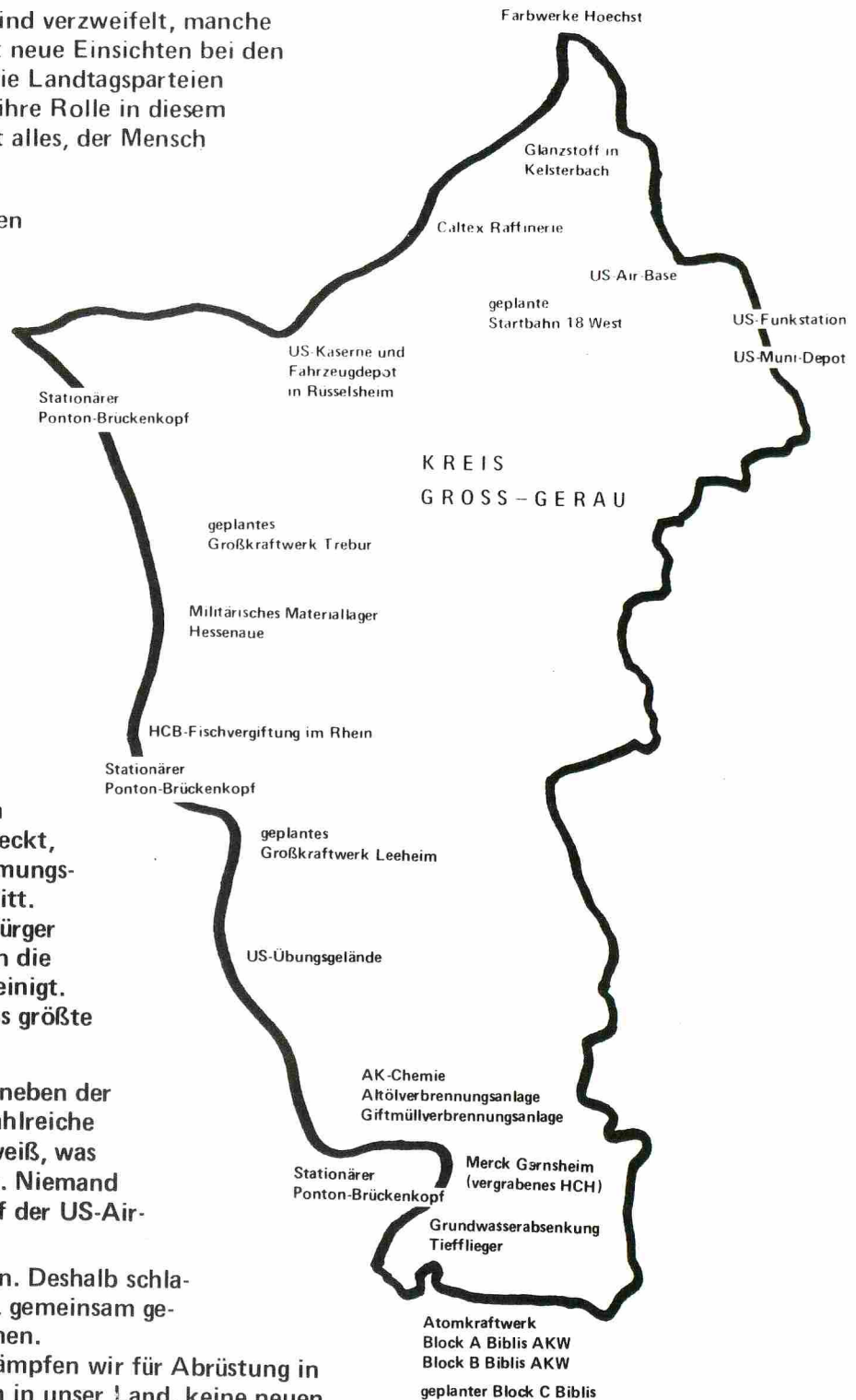
Die Menschen sind aufgewühlt, viele sind verzweifelt, manche resignieren, viele denken nach. Es gibt neue Einsichten bei den Bürgern; man kann heute die Justiz, die Landtagsparteien besser einschätzen. Man kennt besser ihre Rolle in diesem Gesellschaftssystem, in dem der Profit alles, der Mensch nichts gilt.

Wenn wir von Bedrohung reden, müssen wir aber auch die Pläne der USA und der Bundesregierung, die in unserem Land atomare Mittelstreckenraketen stationieren wollen, mit einbeziehen. Damit wären wir tatsächlich tödlich bedroht. Raketen sind Magneten. Wer in unserem Land solche Waffen, die in vier Minuten Moskau erreichen können, stationieren will, der muß wissen, kein Fehlalarm wird dann noch zu korrigieren sein. Und in einem Krieg würde mehr zerstört als unser Wald.

Wer sich diese Karte des Kreises Groß-Gerau betrachtet, erkennt, daß bei uns die Umweltbedrohung Namen hat. Die Chemiekonzerne haben Rhein und Main verseucht. Die Luft ist verdreckt, schon liegen die Erkrankungen der Atemwege 20 % über dem Bundesdurchschnitt. Von Lärm geplagt sind nicht nur die Bürger im Nordkreis, auch im Südkreis werden die Bewohner von NATO-Tieffliegern gepeinigt. Und direkt an der Kreisgrenze steht das größte Atomkraftwerk der Welt.

Neben den ökologischen Belastungen, neben der Startbahn/West, neben Biblis gibt es zahlreiche militärische Einrichtungen. Niemand weiß, was in den US-Munitionsdepots gelagert ist. Niemand ist informiert, was sich schon heute auf der US-Air-Base abspielt.

Dies alles darf uns nicht gleichgültig sein. Deshalb schlagen wir allen Bürgern unserer Stadt vor, gemeinsam gegen die Bedrohung des Lebens vorzugehen. Unterstützen wir das Volksbegehren, kämpfen wir für Abrüstung in Ost und West. Keine neuen US-Raketen in unser Land, keine neuen Umweltverbrechen – alles für das Leben!



# Ein ganz altes Märchen

Es war einmal ein Gemeinwesen, das hatte einen schönen Wald, der wurde verkauft und abgehackt. Die Erde, die unter dem Waldboden lagerte, war so kostbar, daß man sie verkaufen konnte. Wunderschöne und weniger schöne Häuser, Straßen, Brücken und anderes ließ sich aus dieser Erde, die mal Sand, mal Kies genannt wurde, bauen. Als die Erde alle war und verkauft, war nichts mehr als nur ein Loch. Der Besitzer wollte es nicht mehr haben und verschenkte es sozusagen in seiner großen Güte an die Stadt. „Die Gemeinde wird schon etwas damit anfangen können“, meinte der Kies-„Ausbeuter“. Recht glücklich schwärmten die Bürger zu diesem „Loch“, das mit Wasser gefüllt zum Baden an heißen Tagen einlud. Man badete zuweilen ohne Hemd

und Hose, was weiland sehr in Mode kam. Auch die Angler etablierten sich dort, um die Fische, die sie erst in den Teich setzten, später wieder mit der Angelrute herauszuholen. „Eine so schöne Gegend muß ausgebaut werden“, sagten die Stadtältesten, und hegten und pflegten die ganze Umgebung. Bäume und Sträucher wurden angepflanzt, ein „Beinahe-Restaurant“ entstand, wo man Durst, Hunger und sonstiges stillen konnte. Kurzum, es wurde eine Erholungslandschaft erster Güte, die man bewachte, damit keinem der vielen tausend Besucher, die aus der ganzen Region anreisten, etwas zu leide geschah. Der Ordnung nicht genug, es wurden Parkplätze angelegt, um die Blechkarossen auch würdig und vor allen Dingen geordnet abstellen zu kön-

nen. Das alles ging ganz schön an den Stadtsäckel, der ohnedies nie üppig-pralle Formen aufwies. So wurde denn schließlich die Idee geboren, daß jeder Parkplatzbenutzer sein Scherflein zur Unterhaltung und vielleicht Amortisation beitragen solle. Ja, erst war es ein Scherflein, aber im späteren Größenwahn strich man die Verkleinerungsform „lein“. In der kalten Amtssprache der damaligen Zeit hieß das: Die Parkplatzgebühren am Walldorfer Badensee werden erhöht.

Neunmalklugen spinnen den Faden weiter. Wenn man den Wald einzäunte, Kassenhäuschen aufstellte, was ließe sich dann erst viel Geld in den Stadtsäckel bringen. Man dachte an die Grillplätze, an das städtische Grün, an die Parkbänke. Gar an eine Sauerstoffsteuer dachte man schon, hätte man nur eine Meßeinrichtung erfunden. Doch das war damals noch Utopie. rd



## Mörfelden gestern

Die Schulklasse des Jahrgangs 1914/15, aufgenommen im Sommer 1927. Das Bild entstand auf dem damaligen Sportplatz am „Grünen Haag“.

Im ersten Moment denkt man beim Betrachten dieses Bildes an Spiel, Sport und Fröhlichkeit. Aber beim Hinterfragen erfährt man mehr. Es waren Kinder, die am Anfang des 1. Weltkrieges geboren wurden. Sie haben die Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegsjahre erlebt, besuchten von 1921 bis 1929 die Schule und erfuhren dort sicher wenig über die Sinnlosigkeit des Krieges. Dann waren die Buben auf diesem Bild mit die ersten, die wie ihre Väter, in den Krieg ziehen mußten. Von den 23 Jungen sind 6 gefallen. Welch Schicksal mag noch im Einzelnen verborgen sein? Wir wissen von einem Mädchen dieser Schulklasse, die im gleichen Jahr (1914) geboren wurde, als ihr Vater an der Front fiel. Sie bekam 1944 einen Sohn, dessen Vater wiederum im Kriege blieb. Nur ein Erinnerungsfoto? Erinnern wir uns!